

SCHLAG LICHT

Nr. 24

22. NOVEMBER
1982

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT



SCHLAGLICHT!

erscheint
14-tägig

Impressum

An dieser Nr. haben mitgewirkt:

Michael Siebel
Ulli Bunttenbruch
Roland Wengenmayr
Folkmar Nilkes
Franz Nagel
Peter Hille

V.i.s.d.P AstA der TH
Darmstadt

Redaktionsschluß Nr. 25
29.11.82

INHALT

Recht auf Wohnen	S. 4
Wohnen als Ware	S. 6
Bafög	S. 9
Verfasste Studentenschaft	S.10
Zentralrat	S.13
RCDS	S.14
Frauenreferat	S.15
Veranstaltungen	S.16



"Sagt mal, ist euch nicht ein bißchen kalt?"

Solche bedauerungsvollen Bemerkungen bekamen wir des Öfteren geschenkt, als wir in der Woche vom 18.10. bis 23.10. ein Zelt vor dem Audi Max aufgeschlagen hatten, um auf die Probleme der Wohnungsnot und Wohnungsbeschaffung aufmerksam zu machen.

Am Montag morgen trafen uns dann auch viele skeptische Blicke, als wir das Zelt auspackten und aufschlugen. Erst als das Plakat: DAS RECHT AUF WOHNEN -

VERWIRKLICHEN!

aufgehängt war und die verschiedenen Schautafeln sichtbar wurden, konnten sich die passierenden Studenten ein Bild machen, was wir da vorhatten.

Die Absicht war klar:

Einerseits wollten wir Kommilitonen und Kommilitoninnen, falls sie auf Wohnungssuche waren, die Möglichkeit bieten, im Zelt zu übernachten. Damit verbunden war die Forderung an das Studentenwerk, nach der Woche kostenlose Notunterkünfte zu Verfügung zu stellen. Diese Forderung wurde vom Studentenwerk nur teilweise eingelöst. Zwar wurden Notunterkünfte zu Verfügung gestellt, jedoch sollen die Leute die gezwungen waren diese in Anspruch zu nehmen, dafür 3.-DM pro Nacht bezahlen.

Begründung: Auch für Notunterkünfte müssen die Unkosten gedeckt werden. Außerdem

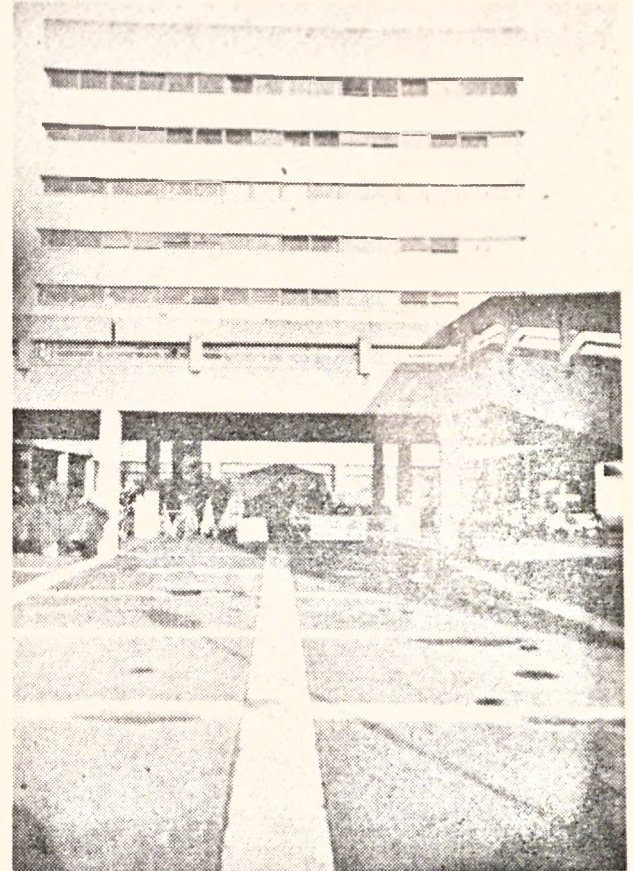
wolle man sich Penner vom Leib halten!
Man kann dem Studentnewerk sicher nicht unterstellen, daß es sich an den 3.-DM bereichern wolle, aber das mit den Unkosten kommt ja nun auch nicht hin.

(In einem Zimmer pennen mal angenommen 10 Leute. Macht 30.-DM pro Tag also 900.-DM im Monat. Ne ganz anständige Stange Geld für die Unkosten! Wa??)

Andererseits wollten wir auf verschiedene Tatsachen der Wohnungspolitik aufmerksam machen und informieren. Insbesondere die Vorschläge der neuen CDU/CSU/FDP Regierung waren dabei ~~Sein~~ des Anstoßes. (siehe dazu auch den folgenden Artikel)

Ja, so hatten wir uns das gedacht, und kurz nachdem die Presseerklärungen in den Briefkästen von Echo und Tagblatt gelandet waren schlichen auch schon die Photographen um unser Zelt. Es war ja auch was ablichtbares und außerdem - sowas kann man immer problemlos bringen. Auf der später angesetzten Pressekonferenz erschien dann auch nur ein Vertreter des Studentenwerks um "mögliche Unklarheiten zu beseitigen". Hatte wohl Angst, daß wir die Wahrheit erzählen - und kann auch noch unwidersprochen.

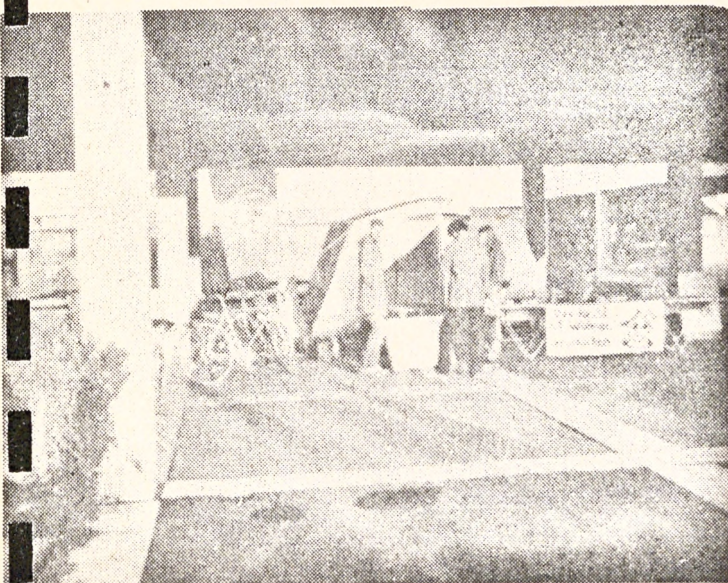
Sicherlich hätten wir eine bessere Presse gekriegt, wenn wir geräumt worden wären. Polizei, Rambazanba, am Ende Knüppel... Aber dem war nicht so. Dafür meinten dann einige Edelspontis, als sie erfuhren das diese Aktion zwar nicht legal aber geduldet wurde: "och wie läch!" -



Viele klagten einfach ihr Leid.

Der Zimmerschnelldienst treibt Jahr für Jahr die alten Schweinereien und zwingt Leute Mietverträge zu unterschreiben, ohne die Wohnung besichtigt zu haben. Nach wie vor ist die kommunale Wohnraumvermittlung zu Untätigkeit verurteilt, weil es offenbar nicht schick ist, private Wohnungen nicht über den Makler vermitteln zu lassen.

Und nach wie vor werden hauptsächlich allein-stehende Ehepaare ohne Kind oder Hund natürlich solvent und stubenrein gesucht. Kinderreiche Familien müssen häufig zu den teuren Wohnungen greifen, die dann auch



einen erheblichen Teil des Einkommens schlucken.

Eine Woche lang war das Zelt auch Anlaufstelle für alles mögliche. "Wo ist eigentlich die Lichtwiese oder die Mensa oder der AStA oder sonstwas..."

Und dann tut auch die Solidarität gut, wenn jemand nach der Sammelbüchse fragt, die zufällig mal nicht auf dem Tisch stand, sondern dem Teepott Platz gemacht hatte. Einige der Leute, die bei der TH schafften, findens auch ganz witzig. Es ist halt mal was anderes und was Wahres ist ja auch dran. Oft hatten wir Auseinandersetzungen mit den ganz hartnäckigen, die den Standpunkt vertraten, daß alles ganz gut sei und daß, wer was leiste, auch was bekomme.

Soziale Unterschiede werden dann vom Tisch gefegt, als seien sie nicht existent, Arbeitslosigkeit auf den Faktor verkürzt daß dies der Zustand des 'nicht arbeitens' sei.

Arbeit gäbe es genug - jeder müsse nur wollen. Besonders penetrant ein Typ, der seine Argumentation damit abrundete, daß er selbst noch Arbeit hätte. Unkrautjäten im Garten.

"Aber sowas will ja heute niemand mehr."

Wozu brauchen wir Arbeitsverträge. Wer gute Arbeit macht, kriegt auch gutes Geld.-

Bei Diskussionen auf der Straße merkt man auch immer wieder, daß kein Problem isoliert gesehen werden kann, daß unsere bestehenden Bedingungen nicht in der Lage sind, die Krise zu bewältigen oder gar menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Wie verrückt das dann manchmal wird, sieht man daran, daß irgendjemand meinte, nachts die JUSO Fahne anzünden zu müssen und nachts drauf unser Plakat besprüht wurde. Zum Glück nur das - beim Zelt wärs teuer geworden, denn das hatten wir auch nur ausgeliehen.

Oft wurde auch die desillusionierte Frage gestellt: "Warum macht ihr das eigentlich noch - Was soll das? - Erreichen könnt ihr ja doch nichts!-"

Es gibt da eine relativ einfache Antwort drauf!

Man sollte irgendwo anfangen, die bestehenden Verhältnisse zu kritisieren.

Von Kommilitonen und von Bürgern haben wir viel Verständnis und oft Betroffenheit mitbekommen. Die Ohnmacht, die in jedem drinsteckt, kann aber überwunden werden.



Wohnen als Ware

Inbesondere zu Semesterbeginn sind die Zeitungen wieder voll von Situationsberichten über die bestehende und sich von Jahr zu Jahr verschlechternde Wohnsituation. Nach groben Schätzungen fehlen im gesamten Bundesgebiet weit über 1 Million Wohnungen. In den Ballungsgebieten ist die Lage besonders schlimm. Allein durch Abriß werden pro Jahr etwa 200.000 Wohnungen zerstört. Abriß und Sanierung sowie der ständig steigende Bedarf, werden den Fehlbestand auf 3,2 Mio. Wohnungen im Jahre 1985 hochtreiben. Auf der anderen Seite sind Meldungen über Hausbesetzungen an der Tagesordnung, und dies sicher auch nicht deshalb, weil irgendwelche Chaoten nichts anderes zu tun haben. In Berlin stehen nach Schätzungen 10.000 Wohnungen leer, in anderen Großstädten ist die Situation entsprechend. In Frankfurt zahlt der Steuerzahler täglich 1248 DM für ein Spekulationsobjekt. Die Polizei muß dieses Haus bewachen, damit Menschen ihr Unverständnis nicht durch eine Besetzung zum Ausdruck bringen.

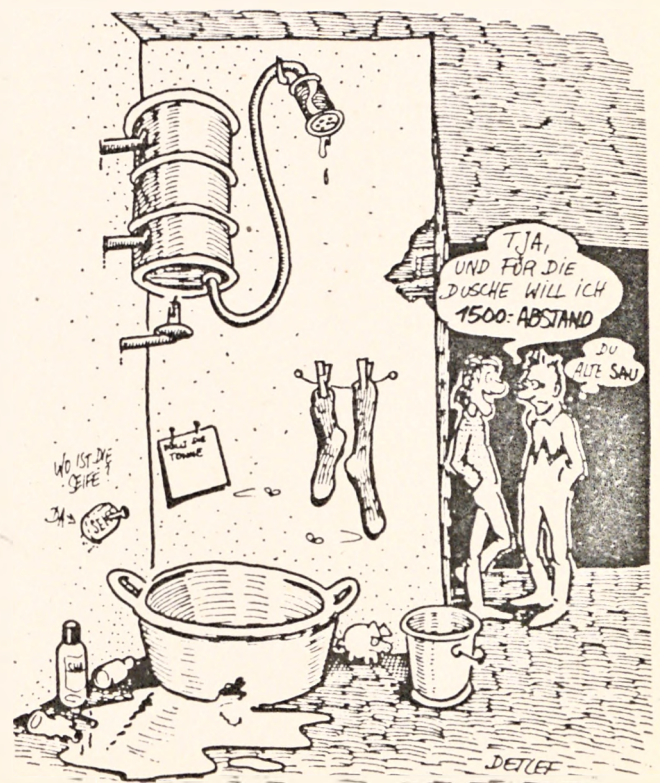
Eine wesentliche Ursache für diese Wohnungsnot ist die fehlgesteuerte Subventionspolitik der Bundesregierungen. Von den 20 Mrd. DM, die alljährlich für den sogenannten Sozialen Wohnungsbau vom Staat ausgegeben werden, fließen 3/4 in den Bereich der Wohnungseigentumsförderung, allerdings nur 1/4 in den Mietwohnungsbau. Dies ist um so befremdender, als daß der Hauptbedarf gerade im Mietwohnungsbereich besteht.

Wohnungen suchen nicht die, die ausreichend Geld haben, um sich ein Haus zu bauen, sondern die, die auf Mietwohnungen angewiesen sind.

Und daß ein Bedarf da ist, ist offensichtlich. In Nürnberg z.B. entstanden im Zeitraum von 10 Monaten des Jahres 1980 knapp 800 Sozialwohnungen. Gleichzeitig ließen sich 12.471 Haushalte mit insgesamt 28.718 Personen für eine neue Wohnung vormerken. Erfahrungsgemäß sind darunter immer ca. 1/3 Dringlichkeitsfälle.

Die bisher eingeschlagenen Lösungsvorschläge der Politiker sind fehlgeschlagen. Wohnungsbau orientiert sich nicht an den Interessen derer, die Wohnungen suchen, sondern an privatwirtschaftlichem Gewinnstreben. Durch die falsche Geldverteilung des Staates wird diese Tendenz noch verstärkt.

Noch 1950 betrieb sogar die damalige CDU-Regierung eine gelenkte Wohnungspolitik. Das erste Wohnungsbaugesetz mit Regelungen wie Mietstopp, Belegungskontrolle von Altbauwohnungen und er-



heblichen Mitteln im sozialen Mietwohnungsbaue, wurde mit der Begründung verabschiedet, daß die "schlechten Wohnverhältnisse eine etnische und soziale Gesundung des deutschen Volkes unmöglich machen", daß schlechte Wohnverhältnisse Auswirkungen auf die Arbeitskraft haben und daß dies Arbeitsplätze schaffe.

Doch dies Gesetz war schon auf Auflösung angelegt und so geschah es auch 1960. Statt sozialem Wohnungsbau beschloß man Abschreibungsmöglichkeiten für Großverdiener.

Daß die CDU nach dem Krieg solche dirigistischen Maßnahmen durchführte, ist allerdings nicht mit dem guten Willen von Adenauer zu begründen, sondern hat ökonomische Hintergründe. Nach dem Krieg waren die Kapitalanlagebedingungen in der Industrie viel profitträchtiger als im Wohnungsbau. Außerdem hat es der Wohnungsbau so an sich, daß die Gewinnrealisierung lange auf sich warten läßt. Doch damals mußten schnell Profite gemacht werden.

Daß die CDU nicht aus Menschenfreude gehandelt hat, läßt sich auch dadurch belegen, daß die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im Jahre 1960 von der Adenauer-CDU gegen die Ollenhauer-SPD durchgesetzt wurde.

Mehr Markt will heute auch die Srauß-CDU mit ihren Angestrebten Gesetzen zur Wohnungspolitik erreichen.

Eine Forderung konservativer Politiker ist die, die Mieten um ca. 50% zu erhöhen. Ein probates Mittel dazu ist natürlich die Einführung von Staffelmieten (schon bei Mietvertragsabschluß wird eine jährliche Mieterhöhung festgeschrieben).

Argument dafür ist dann immer, daß die Mieten, besser die Mieterhöhungen in den letzten Jahren, unter der allgemeinen Teuerungsrate geblieben ist, und daß im Durchschnitt jeder deutsche nur 13% seines Einkommens für die Miete oder das Wohnen ausgibt.

Klingt gut!

Ist aber gelogen!

Zumindest für den überwiegenden Teil der Bevölkerung.

In der Tat beträgt der Anteil der Mietkosten am Durchschnittseinkommen orientiert nur 13%. Diese Zahl vernachlässigt aber, daß 2/3 aller Bundesbürger mit ihrem Einkommen unter dem Durchschnittseinkommen liegen. Einfach gesagt: Es gibt viel, die wenig verdienen und wenige, die viel verdienen! Die, die wenig verdienen, müssen nun aber prozentual mehr Miete von ihrem Einkommen abzweigen, in Zahlen zwischen 25% und 33%. Das hört sich dann schon ganz anders an.

Daß die Mieterhöhung unter der allgemeinen Preissteigerung liegt, ist schließlich falsch.

Die JUSO Hochschulgruppe will mit dieser Aktion aufzeigen, daß nur die Einkommensschwachen Schichten der Bevölkerung akut unter der Wohnungsnot leiden. Dazu gehören insbesondere junge Familien, ausländische Mitbürger und Studenten.



BETRIFFT: BAFÖG

Die geplanten Veränderungen im Studenten-BAFÖG sind mehr als haarsträubend. BAFÖG als Vollkredit. Lest hierzu den Zynismus hoch frei der Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft. Auch bisher wurde ja schon sozusagen ein Sockelbetrag des BAFÖG's als Darlehen ausgegeben. Das waren bei einer Durchschnittsförderung von 500,-DM 30% des Förderungsbetrags. Am Ende des Studiums beträgt gegenwärtig die durchschnittliche Darlehensschuld rund 9000,-DM. Wer Zusatzdarlehen, zum Beispiel bei Ergänzungs- und Zweitstudien, erhalten hat, ist mit 30 000,-DM oder mehr belastet. Die Darlehensschuld wird in Monatsraten von 120,-DM in 6,3 Jahren und bei den hohen Zusatzdarlehen mit Raten von 125,-DM in 20 Jahren getilgt. Bei den 20 Jahren Tilgungsfrist bleibt es, nur die Geldsumme hat sich vervielfacht.

Langfristige Auswirkungen der Darlehensförderung:

Die Folgen einer reinen Darlehensförderung sind in ihrer vollen Tragweite heute noch gar nicht abzusehen. Grundsätzlich läßt sich die darauf einsetzende Entwicklung aber einschätzen. Die starke Belastung durch Schulden in einer Höhe über 40000 DM am Ende des Studiums wird einen enormen Abschreckungseffekt haben. Nur Kinder gut verdienender Eltern können ohne Zukunftsangst ein Studium aufnehmen. Die Gründung einer Familie oder die Ausübung eines selbstständigen Berufes sind unter solchen Voraussetzungen nicht möglich. Der Anteil der Arbeiterkinder, der 1979 14% (1976 : 7%) betrug, wird sich wieder drastisch reduzieren. Nach einer Infratest - Untersuchung, die noch zu Zeiten der Sozial - Liberalen Koalition durchgeführt wurde, müßten unter diesen Umständen bis zu 156000 Studenten ihr Studium abbrechen.

Die Darlehensförderung wird den Run auf Studienplätze verstärken, die im späteren Beruf einen guten Verdienst in Aussicht stellen. Die Studienplatz und Berufswahl wird somit über einen vertretbaren Rahmen hinaus verzerrt. Verantwortungsbewußtsein, Ideale, Neigungen und persönliche Eignung für den späteren Beruf (z.B. bei Ärzten) werden für Darlehensabhängige in viel geringerem Maße für ihre Wahl entscheidend sein. Die Bildungspolitik wird hiermit marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen unterworfen, da nicht mehr persönliche und gesellschaftliche Bedürfnisse, sondern die schnelle und sichere "Amortisation" der "Investition Bildung" den Ausschlag für Studienplatzwahl und Studienverlauf geben. Die daraus resultierenden Strukturveränderungen im Ausbildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt können bedrohliche Formen annehmen.

Die von Semester zu Semester wachsende Schuldenlast zwingt darüberhinaus jeden BAFÖG - Empfänger, sein Studium so schnell wie möglich "runterzureißen". Folgen: Eine schlechtere Ausbildung ohne persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, schlechtere Qualifikation, Förderung des Fachidiotentums, des Konkurrenzdenkens und der Rücksichtslosigkeit.

Wer die schnelle Absolvierung des Studiums als einen positiven Effekt sieht, sei darauf verwiesen, daß schon nach dem alten Modell geförderte zügiger studierten und weniger häufig die Fachrichtung wechselten als ihre nicht geförderten Kommilitonen. Daß aber Engstirnigkeit, Profitstreben und Fachidiotie unserer Lebensqualität und den Zukunftschancen unserer Gesellschaft (damit ist nicht das System gemeint) schon erheblichen Schaden zugefügt haben, ist unbestreitbar.

Entgegen den Forderungen an eine soziale Bildungspolitik, ausgleichend auf soziale Unterschiede zu wirken, verläuft die Wirkungsrichtung der vollständigen Darlehensförderung gleichgerichtet zu den herrschenden Strukturen. Die Position in der bestehenden Hierarchie erhält noch mehr Gewicht, die vorgegebenen Einkommens- und Herrschaftsstrukturen werden, was sich besonders deutlich an den Streichungen im 2. Bildungsweg zeigt, verfestigt. Die Umstellung auf totale Darlehensförderung ist ein Schritt zurück zur alten Kapital-, Bildungs- und Machtelite.

Motive:

Sowohl die gesellschaftlichen Auswirkungen als auch die volkswirtschaftliche Idiotie solcher Sparbeschlüsse sind der Regierung mit Sicherheit bekannt. Setzt man voraus, daß sich in den neuen Bafögbeschlüssen die bundesdeutschen Kapitalinteressen manifestieren, so muß man schließen, daß Menschen mit qualifizierter Ausbildung, mit Universitätsabschluß, mit technisch-naturwissenschaftlicher Qualifikation, wie hier an der TH, nicht mehr in der bisherigen Zahl gebraucht werden.

Dazu kommt

der Verwaltungsaufwand für Bafög. Nach dem bisherigen Modell (seit 1974 gültig) würden 1990 21% des auszahlenden Bafögs durch Darlehensrückflüsse finanziert werden können. Diese Zahl gilt für gleichbleibende Studentenzahlen. Der zusätzliche Einsparungseffekt der neuen Regelung beträgt also knapp eine Milliarde Mark pro Jahr und das in ferner Zukunft, um 1995, an die Hierarchie eh keiner zu denken wagt. Kurzfristige aktuelle Einsparungen kommen nur durch den Abschreckungseffekt zustande. Wer schickt sein Kind noch auf die Hochschule, wenn es hinterher 40000 Mark Schulden hat, statt einer gesicherten Existenz. Die Umstellung des BAFÖG auf Darlehen ist volkswirtschaftlich ohne jeden Spareffekt. Der Verwaltungsaufwand und die Verluste durch Inflation werden für die zu erwartende lange Laufzeit von bis zu 25 Jahren noch höher sein als beim derzeitigen Grunddarlehen. Daran ändern auch die verstärkten Anreize, das Geld vor Ablauf der 20 - Jahresfrist zurückzuzahlen, nichts. Die durch die BAFÖG - Einsparung geplante Haushaltssanierung und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm lassen sich so wohl kaum finanzieren.

Vielmehr will die neue CDU/CSU/FDP - Regierung den sozialen Hebel ansetzen, um die derzeitige Bildungsstruktur zu knacken. Hand in Hand mit dieser sozialen Auslese geht eine auf äußerst zweifelhafte Begabungsvorstellungen gestützte Elite - Ideologie. So ist zu erwarten, daß auf den wirtschaftlichen Druck demnächst der Leistungsdruck an den Unis zunehmen wird. Ein zweiter Leistungsnachweis für BAFÖG - Studenten ist eben so wahrscheinlich wie härtere Prüfungsbestimmungen.

Der nächste Schritt ist dann BAFÖG von privaten Kapitalgebern (Unternehmer - Esser sagts schon heute), vielleicht zu knackigen Zinsen. Was bleibt ist einzig und allein Demontage.

Nachdem der Versuch eines kapitalistischen Systems mit sozialem Puffer gescheitert ist, da dieses auf stetiges Wirtschaftswachstum angewiesen ist, versucht die neue Regierung das Rad zurückzudrehen. Zurück zur alten Macht-, Geld- und Bildungselite. Diese Beschlüsse sind ein Teil des Regierung das Rad zurückzudrehen. Die Motive, die hinter dieser Kahlschlagaktion stehen, haben rein ordnungspolitischen Charakter. Daraus macht die neue Regierung in der Zwischenzeit auch keinen Hehl mehr. Unter dem Vorwand, die Bildungspolitik den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen um trotz knappem finanziellen Spielraum eine soziale Ausgewogenheit zu erhalten, wird hier konsequent die Öffnung der Hochschulen abgebaut. Die geplanten BAFÖG - Kürzungen können deshalb nicht isoliert betrachtet werden, sondern sind Teil einer auf Wiedereinrichtung alter Machtstrukturen ausgerichteten Restaurationspolitik.



Der
ex!
!

DIE GEPLANTEN BAFÖG - KÜRZUNGEN SIND ERST DER ANFANG
EINES UMFASSENDEN SOZIALABBAUS.
WIR DÜRFEN DAZU NICHT SCHWEIGEN!
DAHER FORDERT EUCH DER ASTA DER TH AUF, EUCH AN DER
BUNDESWEITEN DEMONSTRATION IN BONN AM 4. DEZEMBER ZU
BETEILIGEN.

KARTEN FÜR BUSSE NACH BONN GIBT ES IM ASTA, IM ASTA-
BUCHLADEN UND BEI DEN FACHSCHAFTEN.

VERFASSTE STUDENTENSCHAFT

Anlaß zu diesem Artikel war eine geplante Novellierung des bundesweiten Hochschulrahmengesetzes durch die Alte Bundesregierung. Inhalt dieser Novellierung ist eine Einrichtung einer offiziellen verfaßten Studentenschaft ("VS") an jeder Hochschule oder Universität in der Bundesrepublik, sowie ein ihre Rechte und Pflichten festlegender "Gesetzeskatalog". Da hätte z.B. eine grundlegende Änderung an den Hochschulen in Bayern und Baden-Württemberg zur Folge. Dort sind die verfaßten Studentenschaften vor Jahren abgeschafft worden. Wie weit diese Novellierung unter der jetzigen Bundesregierung noch aktuell ist, sei dahingestellt, die Streitereien um die VS werden wahrscheinlich in Zukunft eher schärfer werden.

Zentraler Streitpunkt ist das sogenannte "Allgemeinpolitische Mandat". Dies bedeutet die Frage, wieweit Studentenschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts offiziell politisch Stellung nehmen dürfen. Nun, die Gesetzgeber wollen dies auf "hochschulpolitische Arbeit" beschränken. Um das zu tun, muß man aber eine Grenze zwischen "Politisch" und "Hochschulpolitisch" finden.

Welche Rolle spielt die Hochschule in der Gesellschaft? Die Tatsache, daß sämtliche Akademiker (-innen) bekanntlich ihre Ausbildung auf einer Hochschule oder Universität erhalten, genügt als Hinweis auf die Besonderheit und Wichtigkeit dieser Institutionen. Ebenso ist es fast überflüssig, darauf hinzuweisen, daß wohl die meisten führ-

enden Posten (welche Art auch immer) von Akademiker(-inne-)n besetzt sind. Eben dieser Tatsache ist wohl zu verdanken, daß z.B. Naturwissenschaft und Technik in unserem Leben eine nicht wegzudenkende Rolle spielt. Die Akademiker haben deshalb, ob sie es wollen oder nicht, eine hohe gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb ist es nur billig, daß die Hochschule daraufhin wirken muß, daß jedem Studenten diese Verantwortung bewußt wird, eine durchaus politische Aufgabe. Genausowenig wie z.B. Wissenschaft in ihren Auswirkungen unpolitisch ist, ist es also möglich, "hochschulpolitisch" von "allgemeinpolitisch" zu trennen.

Jeder in der Bundesrepublik hat das Recht, sich nicht nur als Einzelperson, sondern auch gemeinsam mit anderen politisch zu äußern. Es ist zu bedenken, daß z.B. die AStA-Referenten von Hochschulgruppen gestellt werden, die in freier geheimer Wahl die Stimmenmehrheit der Studenten bekommen haben. Diese Tatsache ist auch durch die geringe Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen nicht zu erschüttern. Welcher Schluß liegt näher als der, daß die, die sich nicht an der Wahl beteiligen, die politische Arbeit an der Hochschule tolerieren. Es ist zu erwarten, daß jeder halbwegs denkfähige Mensch in der Lage ist, seine Stimme der Kritik auch bei der Wahl zu erheben. Der Fall, daß eine Hochschulgruppe oder eine Koalition mit Mehrheit gewählt wird, von der allgemeine politische Äußerungen im Namen der Stu-

dentem zu erwarten sind, ist also zu akzeptieren. Der Staat hätte auch zu akzeptieren, daß Studenten eine weitere Vereinigung gründen, die allgemeine politische Arbeit macht. Es sind im wesentlichen zwei Argumente, die gegen diese Ansicht stehen. Sie sind allerdings zu entkräften.

Willensbildungsprozeß nie streitig gemacht worden.

Es dürfte allen Parteien in diesem Streit klar sein, daß, wie oben gezeigt, die Trennung politisch-hochschulpolitisch ebenso unmöglich ist, wie die Trennung politisch-unpolitisch. Wie die Geschichte zeigt, hat sich so manche Handlung, die durchaus "unpolitisch motiviert" war, hinterher als hochpolitisch erwiesen. Warum dann aber diese Auseinandersetzungen?

Nun, der Kernpunkt dürfte nicht die philosophische Frage danach, was politisch sei, sein. Es geht wohl vielmehr um handfeste politische Inhalte studentischer Äußerungen. Waren die politischen Tendenzen früher für die regierenden Parteien zumindest erträglich, so scheint die in den heutigen studentischen Äußerungen enthaltene Kritik oftmals empfindlich zu treffen. Anders lassen sich die Reaktionen (Prozesse gegen studentische Vertreter, allgemeines staatliches Entgegenwirken gegen studentische Aktivitäten) offensichtlich nicht einstufen. Demokratische "Toleranz" scheint erfahrungsgemäß oft dort zu enden, wo prinzipielles politisches Andersdenken anfängt (Radikalerlaß!) oder empfindlich treffende Kritik geübt wird.

Zum Schluß bleibt noch zu erwähnen, daß nach Ansicht des hessischen Gesetzgebers der Studentenschaft die "Förderung staatsbürgerlichen Bewußtseins" obliegt (§63 Hess. Hochschulgesetz).

- Soll sich der/die Leser(-in) seinen (ihren) eigenen Reim darauf machen.



Erstens: Ein Vorsitzender einer Behörde darf sich ja auch nicht im Namen dieser politisch äußern.

Nun, in der Regel wird in Behörden der (die) Vorsitzende(n) nicht demokratisch gewählt, hat also nicht die politische Mehrheit der Mitarbeiter im "Rücken".

Zweitens: Es handelt sich bei der VS um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und nicht um irgendeine politische Vereinigung.

Dieses Argument steht entgegen, daß in der Praxis andere Körperschaften öffentlichen Rechts, Handwerks-, Industrie- und Ärztekammern, Unternehmerverbände und Gewerkschaften, völlig unangefochten das "allgemeinpolitische" Mandat wahrnehmen. (Der Grund ist wohl, daß diese Verbände mächtiger als Studentenschaften sind.) Außerdem ist in den ersten 25 Jahren nach Kriegsende auch den Studentenschaften und ihrem Spitzenverband das Recht auf Teilnahme am allgemeinen politischen Meinungs- und

ZENTRALRAT

B A S I S G R U P P E am Fachbereich 3

der Magister-, Gewerbelehrer-, Gymnasiallehrer-, Psychologiestudenten.

Interessierte Studenten und Mitarbeiter aller Fachbereiche sind herzlich willkommen!

Entstanden ist der ZENTRALRAT Anfang der 70-er Jahre als Basisgruppe der Lehrerstudenten.

Damals war die Hospitationsvor- und -nachbereitung noch nicht institutionalisiert, d.h. jeder mußte für sich selbst wurschteln! Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, forderten einige Studenten gemeinsam (mit Erfolg) Gruppenarbeit zur Vor- und Nachbereitung. Daraus entstand im Laufe der Zeit eine Basisgruppe, die sich u. a. zur Aufgabe machte, in Gremien mitzuarbeiten, um so studentische Interessen zu vertreten.

War zunächst nur Praxis das Thema, wandelten sich in den letzten Jahren die Interessen zugunsten theoretischen Arbeitens. Ursache dafür war, daß in den Veranstaltungen der Hochschule Prinzipien und Zusammenhänge der gesellschaftlichen Ereignisse und Phänomene nicht oder unvollständig bzw. falsch dargestellt wurden (keine Kritik der Gesellschaft!).

Um diesem Mangel (Halbbildung) entgegenzuwirken, wurde im ZENTRALRAT versucht, sich das selbst zu erarbeiten, was zur Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig ist.

Neben der theoretischen Arbeit wurde jedoch auch stets in Gremien mitgearbeitet - erstens, um das Mitbestimmungsrecht der Studenten wahrzunehmen (wenn es auch gering ist) - und zweitens , um informiert zu sein, was an der Hochschule läuft.

Wir wollen die bisherige Tradition, wie sie oben geschildert worden ist, fortführen und haben deshalb vor, in diesem Semester wieder mit einem neuen Text anzufangen.

Wir haben uns am 27.10.82 zum ersten Mal in diesem Semester getroffen und uns nach ausführlicher Diskussion für folgenden Text entschieden:

Friedrich Pollock, Stadien des Kapitalismus
daraus: Zur gegenwärtigen Lage des Kapitalismus
und : Bemerkungen zur Wirtschaftskrise

Ausschlaggebend für unsere Entscheidung war die Relevanz des Textes für das Verständnis der heutigen Lage des Kapitalismus und dessen Krise.

Da das Buch im Handel nicht mehr erhältlich ist, wird der Text kopiert und jedem, der gerne mitarbeiten möchte, zur Verfügung gestellt.

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 h im alten Hauptgebäude der THD, Raum 11/101 (Fachschaftsraum des Fb 3).

Interessenten sind jederzeit herzlich willkommen!

"Widerstand gegen den Niedergang der Vernunft wäre fürs philosophische Denken, ohne Achtung vor der etablierten Autorität zumal der Geisteswissenschaften, sich in die Sachhalte zu versenken, um in ihnen, nicht über ihnen, des Wahrheitsgehalts innezuwerden. Das wäre, heute, Freiheit des Denkens. Wahr würde es, wo es befreit ist vom Fluch der Arbeit und in seinem Objekt zur Ruhe kommt."

(Theodor W. Adorno, Stichworte, Kritische Modelle 2, Anmerkungen zum philosophischen Denken)

Im Schlaglicht Nr. 23 wurde im AStA-Programm des Informationsreferenten die Behauptung aufgestellt, daß der RCDS eine BAFöG-Umstellung auf Volldarlehn befürwortet. In der letzten StuPa-Sitzung wurde klargestellt, daß der RCDS niemals ein Volldarlehnmodell gefordert hat, vielmehr die Pläne der Bundesregierung entschieden ablehnt. Diese Richtigstellung wurde aber nicht in das Schlaglicht übernommen.

Hier nun unser Vorschlag für eine Neuregelung der Ausbildungsförderung nach BAFöG.

GEGEN VOLLDARLEHN - FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Nach einem Beschluß der CDU/CSU/FDP-Regierung soll die BAFöG-Förderung ab Herbst 1983 auf Volldarlehn umgestellt werden. Der RCDS wendet sich entschieden gegen diese Pläne, die eine Gefährdung der sozialen Gerechtigkeit in der Ausbildungsförderung darstellen. Ein hohe Verschuldung von ca. 40000 DM wird viele Studierwillige vom Studium abschrecken. Die Finanzsituation des Bundes läßt es aber auch nicht zu das derzeitige Modell weiter zu finanzieren. Bei gleichem Haushaltsansatz würden immer weniger Studenten Förderung erhalten.

Deshalb hat der RCDS ein Modell zur Ausbildungsförderung vorgeschlagen, bei dem die soziale Situation des Studenten, aber auch eine Beteiligung an der Finanzierung des Studiums berücksichtigt wird.

Ausbildungsförderung soll demnach wie folgt gewährt werden:

- Ein Stipendium (wird nicht zurückgezahlt) bis maximal 400 DM je nach Einkommen der Eltern.
- Jeder Student kann darüberhinaus ein Darlehn bis maximal 400 DM beantragen. Die Verzinsung während der Ausbildung richtet sich wieder nach dem Einkommen der Eltern und geht von null Prozent bis zum üblichen Kapitalzins.
- Die Rückzahlung der Darlehns erfolgt vom 3. bis 18. Berufsjahr. Die Zinsen während dieser Zeit richten sich nach dem Einkommen des ehemaligen Studenten.
- Die Förderungs- und Rückzahlungsbeträge werden durch die Finanzämter berechnet.

Die Vorteile dieses Modells:

- Die Finanzierung ist gewährleistet.
- Jeder Student kann Förderung erhalten.
- Die Auflösung der BAFöG-Ämter und Nutzung der Kapazitäten der Finanzämter läßt ebenfalls Finanzmittel für die Ausbildungsförderung frei werden.

Jeder Student muß in der Lage sein, sein Studium ohne unzumutbare finanzielle Probleme zu absolvieren. Der RCDS hat in seinem BAFöG-Modell einen konstruktiven Weg aufgezeichnet, wie bei der heutigen Finanzlage des Staates, eine sozial gerechte Ausbildungsförderung gewährt werden kann. Dafür wird sich der RCDS nachhaltig einsetzen.

2SB

THD

Gesprächsgruppe

für Studentinnen der ersten Studiensemester

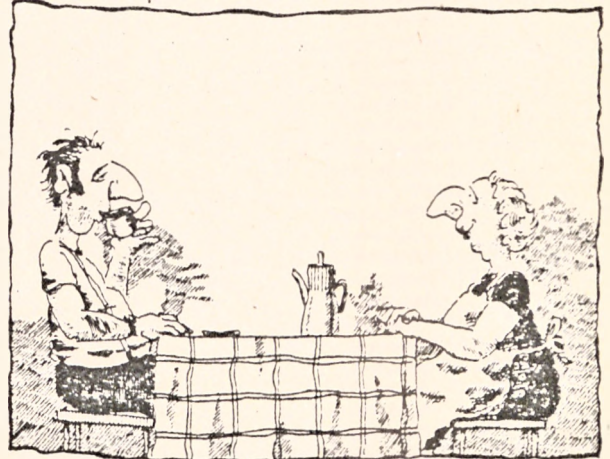
Die Zentrale Studienberatung bietet Studentinnen der ersten Studiensemester die Möglichkeit in einer kontinuierlich arbeitenden Gesprächsgruppe Fragen und Probleme, die sich aus der neuen und ungewohnten Studien- und Lebenssituation ergeben, zu diskutieren und neue Denk- und Verhaltensmöglichkeiten zu erproben.

Themen dieser Gruppe können z.B. sein:

- Ablösung vom Elternhaus
- Kontaktschwierigkeiten
- Berufsfindung
- Ansätze feministischer Wissenschaft
- Durchsetzungsprobleme
- Konkurrenzverhalten
- Lern-/Arbeitsschwierigkeiten
- Prüfungs-/Versagensangst
- Umgang mit "negativen" Gefühlen
(z.B. Ärger, Wut, Aggression, Enttäuschung ...)
- Selbst-/Fremdwahrnehmung

.....

TERMIN: jeweils mittwochs ab 16 Uhr
BEGINN: 1. Dezember 1982
ORT: Zentrale Studienberatung
Gebäude 12, Zimmer 38



FRAUENREFERAT

In den ersten drei Wochen hat sich auf Initiative des Frauenreferates eine Gruppe von ca. 30 Frauen zusammengeslossen, die sich regelmässig trifft.

Hier wird geredet, geklönt und diskutiert über Themen, die sich aus dem Studentinnenalltag ergeben.

Alle Treffs sind "offen", d.h. Ihr seid alle herzlich willkommen. Schaut doch einfach mal rein!!! Wir treffen uns:

Mo	19:00 Uhr	im ASTA
Di	13:30 Uhr	im Physik- Fachschaftsraum
Do	13:30 Uhr	im ASTA

Außerdem gibt's ein Frauencafe im ASTA-Frauenreferat. Mo und Di von 10:00 bis 13:00 Uhr.



Veranstaltungen

FILMKREIS
AUDI-
MAXDIENSTAG, 23.11., 2000
JERRY COTTON:
"SCHÜSSE AUS DEN
"GEIGENKASTEN"DONNERSTAG, 25.11.,
1900 + 2130
DOPPELPROGRAMM:
"DAS KABINETT DES
"DR. CALIGARI"
UND "DER TODESSCHREI"DIENSTAG, 30.11., 2000
"INSPEKTOR CLOUSEAU,
"DER BESTE MANN
VON INTERPOL"DONNERSTAG, 2.12.
18.00 + 21.30
"DIE TEUFLISCHEN"
"KRINI"DIENSTAG, 7.12., 2000
"TERROR IN BLOCK 11"FÜR ÖKO-FREAKS
UND IHRE
GEGNER:DONTAG, 28.11.
DIAS + ENGL. VORTRAG DES BEKANNTEN
NATIONAL CENTRE FOR
"ALTERNATIVE TECHNOLOGY"
AUS WALES. UHRZEIT + ORT
GEBEN WIR NOCH PER PLAKAT
+ FLUGBLATT BEKANNT!

BONN. (rtr/dpa)

SAMSTAG, 4.12.
IN BONN:
BAFÖG-DEMO
BUSKARTEN GIBTS
IN ASTA!SCHLOSS-
KELLERDIENSTAG 23.11.
GALGENSTRICKE
(KABARETT) 4.-MITTWOCH, 24.11.
LEAF (LATIN FUNK)
4.-FREITAG, 26.11.
DISCOSAMSTAG, 27.11.
SOUTHBOUND
BLUES BAND.
4.-FREITAG, 3.12.
GREXIS
(ORIENTAL JAZZ)
4.-SAMSTAG, 4.12.
SIMPLEX
(MELODY ROCK)
4.-